

Jahresbericht Chile 2019

(inoffizielle Übersetzung, deepL wurde benutzt)

Chile beendete das Jahr 2019 mit der schlimmsten Menschenrechtskrise seit dem Regime von General Augusto Pinochet. Als Reaktion auf die Erhöhung der Tarife für öffentliche Verkehrsmittel begannen Mitte Oktober massive Demonstrationen. Angesichts der hohen Ungleichheit im Land weiteten sich die (meist friedlichen) Proteste aus, auf Forderungen nach einer gerechteren Gesellschaft, in der der Staat Rechte auf Gesundheit, Wasser, Bildung und soziale Sicherheit garantiert. Dennoch sahen sich die Demonstrationen mit einem hohen Maß an Repression durch staatliche Kräfte konfrontiert, die versuchten, ihre Gewaltanwendung gegen die Protestierenden mit der Behauptung zu rechtfertigen, dass diese Maßnahmen notwendig seien, um die Infrastruktur und das Privateigentum vor Beschädigung oder Vandalismus zu schützen.



Als Reaktion auf die Proteste einigten sich alle politischen Parteien im Kongress auf den Entwurf einer neuen Verfassung. Als Teil dieser Vereinbarung wird im April ein vorläufiges Referendum abgehalten, um über die Notwendigkeit einer neuen Verfassung und den für ihre Ratifizierung erforderlichen Mechanismus abzustimmen.

Bei anderen seit langem bestehenden Problemen wie der Kriminalisierung der Abtreibung, der Straffreiheit für die Verbrechen der Vergangenheit, der Kriminalisierung des Mapuche-Volkes und dem Ausbleiben von Verbesserungen bei den Umweltrechten wurden keine substantiellen Fortschritte erzielt.

Sozialer Protest und staatliche Repression

Anfang 2019 verstärkte die Regierung die Polizeikontrolle, vor allem als Antwort auf Studentenproteste. Zu den Maßnahmen gehörten Identitätskontrollen von Kindern ab 14 Jahren. In diesem Zeitraum wurden mehrere Fälle übermäßiger Gewaltanwendung gemeldet, wobei Schüler der Sekundarstufe und Mitglieder der indigenen Gemeinschaft der Mapuche die Hauptopfer waren.

Nach dem Ausbruch sozialer Unruhen rief Präsident Sebastián Piñera am 18. Oktober in einigen Gebieten des Landes den Ausnahmezustand aus. Zehn Tage lang wurden bestimmte Rechte und Freiheiten ausgesetzt und die Armee wurde auf die Straße befohlen, um die Kontrolle über die Bürger und die öffentliche Sicherheit zu gewährleisten. In dieser Zeit nahmen die staatlichen Übergriffe drastisch zu, und 31 Menschen verloren ihr Leben, davon mindestens vier durch die Staatsgewalt. Bis Ende 2019 gingen die Proteste weiter, und die Zahl der Opfer von Menschenrechtsverletzungen, vor allem durch die nationale Polizei (Carabineros), ging in die Tausende.

Nach Angaben des Gesundheitsministeriums wurden in den ersten zwei Monaten der Proteste mehr als 13.000 Menschen verletzt, und die Staatsanwaltschaft registrierte mehr als 2.500 Beschwerden wegen

Menschenrechtsverletzungen, von denen mehr als 1.500 sich auf Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung sowie mehr als 100 auf von Amtsträgern begangene sexuelle Verbrechen bezogen. Laut Carabineros starb keiner ihrer Beamten, aber mehr als 2.000 wurden verletzt.

Während der Proteste wurde oft beobachtet, wie die Armee tödliche Waffen gegen die Demonstranten einsetzte. Mindestens drei der vier Todesfälle, die von den Sicherheitskräften verursacht wurden, gingen auf das Konto von Armeeeoffizieren und einer ging auf ein Mitglied der Carabineros zurück. Einer wurde von Militärwaffen verursacht, und Dutzende von Personen wurden mit scharfer Munition verletzt.

Darüber hinaus setzten die Carabineros ständig und unangemessen weniger tödliche Waffen ein und feuerten mehrmals ungerechtfertigt, beliebig und unterschiedslos potenziell tödliche Munition ab, die in vielen Fällen auf die Köpfe der Menschen zielte. Bis Dezember zählte die Nationale Menschenrechtsinstitution (INDH) mehr als 350 Fälle von Augenverletzungen, die hauptsächlich auf Gummigeschosse zurückzuführen waren.

Bei mehreren Vorfällen machten Carabineros übermäßig Gebrauch von Tränengas und setzten diese Chemikalie unnötigerweise gegen Krankenhäuser, Universitäten, Heime und sogar Schulen ein, wodurch Kinder und Menschen mit Behinderungen ernsthaft in Mitleidenschaft gezogen wurden.

Diese Angriffe trafen auch Mitglieder der Öffentlichkeit ohne Begründung und ohne ersichtlichen Grund, wie Journalisten und Umstehende, die die Ereignisse dokumentierten. Auch gegen bereits inhaftierte Personen wurde Gewalt angewendet, und einige Beamte nutzten Fahrzeuge, um Protestierende zu überfahren oder dies zu versuchen. Einer der Todesfälle durch die Sicherheitskräfte war auf Schläge der Polizei zurückzuführen, ein zweiter auf einen Soldaten, der einen Demonstranten überfuhr.

[1]https://amnesty-chile-venezuela.de/wp-content/uploads/342/Chile_Comicado_de_Prensa_21Nov_DE.pdf

Im Rahmen der Reparationsmaßnahmen, die die Interamerikanische Menschenrechtskommission im Zusammenhang mit der Ermordung eines jungen Mapuche-Mannes, Alex Lemún durch die Polizei im Jahr 2002 vereinbart hatte, hat die Regierung im März 2019 Protokolle für polizeiliches Verhalten bei Demonstrationen erstellt und veröffentlicht. Diese Protokolle wurden jedoch nur unzureichend umgesetzt, eine Tatsache, die mit der im Oktober einsetzenden Krise ans Licht kam, in der die Strafverfolgungsbehörden Verbrechen nach dem Völkerrecht und schwere Menschenrechtsverletzungen begingen.

Der Prozess wegen des Todes von Camilo Catrillanca, einem jungen Mapuche, der im November 2018 von einem Polizisten getötet wurde, war für November 2019 angesetzt, wurde aber aufgrund von Sicherheitsbedenken verschoben.

Straffreiheit für Verbrechen der Vergangenheit

Die Regierung revidierte den Nationalen Menschenrechtsplan, um sich von der Verpflichtung zu befreien, "die Nichtanwendbarkeit" des Gesetzes über den Amnestieerlass von 1978 zu fördern (das

eine Amnestie für zwischen 1973 und 1978 begangene Verbrechen gegen die Menschlichkeit ermöglicht). Sie ließ auch die Verpflichtung fallen, eine ständige Kommission zur Beurteilung von Fällen von Opfern politischer Folter zu schaffen. Verschiedene Vorschläge gegen die Straflosigkeit für Verbrechen der Vergangenheit blieben Ende des Jahres im Kongress anhängig.

Unfaire Prozesse

Die Behörden setzten weiterhin ein umstrittenes Anti-Terrorismus-Gesetz gegen das Mapuche-Volk ein. Im Kongress wurde die Diskussion über dessen Reform erfolglos fortgesetzt.

Allerdings hob der Oberste Gerichtshof den Schuldspruch eines nationalen Gerichts im Fall Norin Catrimán auf (in dem acht Mapuche 2002 wegen Terrorismus verurteilt worden waren). Damit kam der Oberste Gerichtshof dem Urteil des Interamerikanischen Gerichtshofs für Menschenrechte aus dem Jahr 2014 nach, in dem es hieß, dass der chilenische Staat unter anderem das Recht auf ein ordnungsgemäßes Verfahren, die Unschuldsvermutung sowie Gleichheit und Nichtdiskriminierung verletzt habe.

Die Ermittlungen gegen Carabineros, die Beweismaterial manipuliert haben, um acht Mapuche-Personen des Terrorismus zu beschuldigen (bekannt als "Operación Huracán"), sind noch nicht abgeschlossen.

Indigene Völker und Umweltrechte

Entwicklungsprojekte wurden weiterhin ohne die freie, vorangegangene und informierte Zustimmung der betroffenen indigenen Völker durchgeführt, und die so genannten "Opferzonen"-Gemeinschaften sahen sich weiterhin mit Umweltzerstörungen aufgrund industrieller Aktivitäten konfrontiert. Die Regierung schlug Reformen des Gesetzes für indigene Völker vor und leitete einen Konsultationsprozess mit indigenen Völkern in ganz Chile ein. Dieser Prozess wurde jedoch kritisiert, weil er nicht in Treu und Glauben durchgeführt und die indigenen Kulturen nicht respektiert wurden, was zu einer Aussetzung des Vorhabens führte.

Trotz des Drucks von Umweltschützern weigerte sich die Regierung, das Escazú-Abkommen über den Zugang zu Informationen, die Öffentlichkeitsbeteiligung und die Gerechtigkeit in Umweltangelegenheiten in Lateinamerika und der Karibik zu unterzeichnen, und sagte dann die UN-Klimakonferenz (COP25), die im Dezember in Chile hätte stattfinden sollten, wegen der internen sozialen Krise ab. [\[2\]](#)

Verteidiger der Menschenrechte

Alberto Curamil, ein Mapuche-Führer (*Lonko*), der sich für den Zugang seiner Gemeinde zu Wasser eingesetzt hat, wurde für seinen Umweltaktivismus während seiner Haftzeit mit dem Goldman-Umweltpreis 2019 ausgezeichnet. Er war von einem anonymen Zeugen der Beteiligung an einem bewaffneten Raubüberfall beschuldigt worden und wurde im Dezember freigesprochen, nachdem er über ein Jahr in Untersuchungshaft gehalten worden war.

Während der sozialen Krise wurden Menschenrechtsverteidiger geschlagen oder mit Pellets beschossen und verletzt, während sie Erste Hilfe leisteten, ebenso wie Aktivisten und Verteidiger, die bei der Ausübung ihrer Arbeit bedroht wurden. Bei mehreren Gelegenheiten behinderten die Behörden die

Arbeit von Anwälten und medizinischem Personal, indem sie ihnen den Zugang zu Polizeistationen, Krankenhäusern und medizinischen Zentren verwehrten.

Sexuelle und reproduktive Rechte

Das Gesetz von 2017, das drei Gründe für einen legalen Schwangerschaftsabbruch zulässt (wenn das Leben der Frau in Gefahr ist, der Fötus nicht lebensfähig ist oder die Schwangerschaft durch Vergewaltigung herbeigeführt wurde), wurde nur unzureichend umgesetzt. Auch die der Öffentlichkeit zur Verfügung stehenden Informationen über sexuelle und reproduktive Rechte waren nach wie vor spärlich. Darüber hinaus weitete die Regierung das Recht auf "Verweigerung aus Gewissensgründen" von Abtreibungen sowohl von Einzelpersonen als auch von Institutionen aus, was eine weitere Barriere für den Zugang zu sicheren Abtreibungen darstellt. Ein Gesetzentwurf zur vollständigen Entkriminalisierung der Abtreibung in den ersten 14 Wochen der Schwangerschaft wurde im Kongress eingebracht, aber nicht diskutiert.

Rechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgender und Intersexuellen (LGBTI)

Das Gesetz über die Geschlechtsidentität trat in Kraft, das Personen ab 18 Jahren erlaubt, ihren eingetragenen Namen und ihr Geschlecht auf dem Verwaltungsweg zu ändern; Personen im Alter von 14 bis 17 Jahren können dies auf dem Gerichtsweg tun. Der Kongress erörterte Gesetzentwürfe zu Ehe, Adoption und Elternschaft für gleichgeschlechtliche Paare, aber keiner davon wurde im Laufe des Jahres in Kraft gesetzt.

Rechte von Migranten, Flüchtlingen und Asylsuchenden

Ausgelöst durch die Einreise einer beträchtlichen Anzahl von Migranten und Flüchtlingen führte die Regierung einen "außerordentlichen Regularisierungsprozess" durch, der im Oktober 2019 endete und die Erlangung eines Aufenthaltsvisums für Menschen mit irregulärem Migrationsstatus erleichtern soll. Der Prozess wurde wegen der mangelnden Klarheit der bereitgestellten Informationen und der Tatsache, dass er zu einigen Ausweisungen führte, kritisiert.

Chilenische Einwanderungsbeamte führten willkürlich Vorab-Screening-Interviews mit Asylsuchenden durch und verweigerten ihnen später den Zugang zur Einreichung eines Asylantrags, eine Praxis, die von nationalen Gerichten in Frage gestellt wurde und wahrscheinlich das Prinzip der *Nicht-Zurückweisung* untergräbt.

[\[1\] Chile: Die Regierung ist verantwortlich für systematische Menschenrechtsverletzungen bei Protesten](#) (Nachrichtenbeitrag, 21. November)

[\[2\] Chile: Die Entscheidung, die APEC und die COP25 abubrechen, wird die Aufmerksamkeit der internationalen Gemeinschaft nicht von Menschenrechtsverletzungen ablenken](#) (News-Story, 31. Oktober)